



## **Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -**

am 03.11.2014

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:50 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Zeidler

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Bode

Frau Stadträtin Bopp

Herr Stadtrat Braig

Herr Stadtrat Brenner

Herr Stadtrat Deeng

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Etzinger

Herr Stadtrat Funk

Frau Stadträtin Goeth

Frau Stadträtin Gutermann

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Heidenreich

Herr Stadtrat Heinkele

Herr Stadtrat Hummler

Frau Stadträtin Jeggle

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Mader

Herr Stadtrat Dr. Metzger

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Dr. Rahm

Herr Stadtrat Dr. Schmid

Herr Stadtrat Schmogro

Frau Stadträtin Sonntag

TOP 7 befangen

Herr Stadtrat Späh  
Herr Stadtrat Walter  
Herr Stadtrat Weber  
Herr Stadtrat Dr. Wilhelm

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Beck, Forstamt	TOP 3 bis 9
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Frau Christ, Stadtplanungsamt	bis TOP 7
Herr Ortsvorsteher Imhof, Rißegg	
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Bürgermeister Kuhlmann	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 8
Herr Kulturdezernent Dr. Riedlbauer	
Frau Schneider, Amt für Bildung, Betreuung und Sport	
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Spieler, Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft	ab TOP 4
Frau Werner, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Erster Bürgermeister Wersch	

## Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.1.	Bürgerfragestunde - Energieeinsparung	
1.2.	Bürgerfragestunde - Gemeinderatssitzungen im Internet	
1.3.	Bürgerfragestunde - Brandschutzleiter am Roten Bau	
1.4.	Bürgerfragestunde - Kindergartenbedarfsplan	
1.5.	Bürgerfragestunde - Kreuzung Waldseer Straße/Kolpingstraße	
1.6.	Bürgerfragestunde - Verschiedenes	
2.	Förderung der Kindertagespflege in Biberach	212/2014
3.	Verbesserung der Betreuungsqualität bei der Schulkindbetreuung	213/2014
4.	Wohnungssituation für besondere Zielgruppen	188/2014
5.	Bebauungsplan "Bleicherstraße/Vollmerstraße (Feuerwehr)"	202/2014
	a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange	
	b) Billigung	
6.	Bebauungsplan "SANA Kreisklinik"	208/2014
	a) Bericht vom Ergebnis der Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB	
	b) Billigung zur Offenlage	
7.	Änderung des Bebauungsplanes "Radgasse/Consulentengasse"	199/2014
8.	Neufassung der Richtlinie zur Gewährung von Ermäßigungen im Stadtlinienverkehr	200/2014
9.	Wiederbesetzung der Stelle "Leiter/in des Städtischen Forstamtes Biberach"	218/2014
10.	Übertragung von Aufgaben auf das Rechnungsprüfungsamt	195/2014
11.	Annahme von Schenkungen und Spenden für das 3. Quartal 2014	203/2014
12.	Subventionierung des Mensa-Menüs an den städtischen Schulen mit Ganztagesangeboten für das Schuljahr 2013/14	214/2014
13.	Bekanntgaben	
13.1.	Resolutionsantrag zu TTIP (Transatlantisches Handelsabkommen EU-USA) - Antrag der Grünen-Fraktion	AT 31/2014
14.1.	Verschiedenes - Interkulturelle Treffen	
14.2.	Verschiedenes - Fracking	

Die Mitglieder wurden am 27.10.2014 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung in BIBERACH KOMMUNAL am 29.10.2014 ortsüblich bekannt gegeben.

## **TOP 1.1 Bürgerfragestunde - Energieeinsparung**

Hannegret Haas erkundigt sich nach den städtischen Möglichkeiten, auf Einzelhandelsgeschäfte einzuwirken, dass sie nicht ständig ihre Türen offen stehen ließen. Aufgefallen sei ihr dies unter anderem in den Geschäften von Gerry Weber oder Fahbe.

OB Zeidler führt aus, es wäre ihm neu, dass dies über Satzung geregelt werden könnte. Er wisse aber, dass das Bauverwaltungsamt gegenüber einer Firma in dieser Sache bereits tätig geworden sei. Er wage aber zu bezweifeln, dass ein Eingriff in diese Privatrechte möglich sei.

Ein Herr bringt vor, in einigen städtischen Gebäuden stünden die Dachluken offen. Als Beispiel nennt er das Haus Zwingergasse 10.

BM Kuhlmann zeigt sich dankbar für entsprechende Hinweise und sichert zu, den Fällen nachzugehen.

## **TOP 1.2 Bürgerfragestunde - Gemeinderatssitzungen im Internet**

Hannegret Haas fragt, ob es ohne großen redaktionellen Aufwand möglich sei, Gemeinderatssitzungen ins Internet zu übertragen.

Man habe hierüber bereits im Gemeinderat diskutiert, lässt OB Zeidler wissen. Eine Übertragung von Gemeinderatssitzungen ins Internet werfe aber rechtliche Probleme auf. Überdies wolle man den Live-Besuch von Sitzungen hoch halten.

### **TOP 1.3 Bürgerfragestunde - Brandschutzleiter am Roten Bau**

Frau Sigrid Ostermeyer fragt nach, ob die Brandschutzleiter am Roten Bau tatsächlich ersetzt werden müsse. Es hielten sich nur relativ wenige Menschen im Roten Bau auf und sie frage sich, warum die alte nicht ausreichend sei.

BM Kuhlmann antwortet, man habe mit dem Brandschutzbeauftragten mehrere Alternativen untersucht, letztlich sei der Ersatz der Brandschutzterasse aber zum Schutz der dort tätigen Mitarbeiter erforderlich.

#### **TOP 1.4 Bürgerfragestunde - Kindergartenbedarfsplan**

Frau Erika Hermann, Elternbeirätin des Kindergartens Braithweg bringt vor, der Kindergartenbedarfsplan sei für Juni 2014 angekündigt worden, liege aber noch nicht vor. Sie stellt in Frage, welche Priorität das Thema Kindergärten im Gemeinderat habe.

OB Zeidler kündigt den Bericht für das erste Quartal 2015 an. Es sei einiges abzuarbeiten gewesen. Insgesamt werde der Kindergarten Braithweg bei dieser Thematik mit einer gewissen Priorität behandelt.

Frau Hermann vermutet jedoch, dass Themen mit kleinen Kindern gerne hintangestellt würden und meint, wenn wichtigere Personen im Gebäude untergebracht wären, ginge es schneller.

OB Zeidler verwahrt sich gegen diese Darstellung und zeigt auf, dass bereits einiges in Kindergärten investiert und auch Kindergartenneubauten beschlossen wurden.

Frau Hermann meint jedoch, es müsse insgesamt passen und nicht einige wenige Vorzeigeobjekte geschaffen werden.

## **TOP 1.5 Bürgerfragestunde - Kreuzung Waldseer Straße/Kolpingstraße**

Ein Herr bemängelt, dass an der Kreuzung Waldseer Straße/Kolpingstraße kein barrierefreier Übergang möglich sei. Die Kreuzung sei in einem Zustand, der heute nicht mehr genehmigt würde. Es bestehe auch keine Möglichkeit für Busbenutzer mit dem Rollator beispielsweise zum Stadtfriedhof zu gelangen. Daher sei möglichst auf einer Seite über die Waldseer Straße ein ebenerdiger Übergang erforderlich.

BM Kuhlmann bestätigt die beschriebene Situation und dass keine barrierefreie Querungsmöglichkeit von Ost nach West an dieser Kreuzung bestehe. Auf der östlichen Straßenseite sei ein ebenerdiger Übergang geschaffen worden. Die Verwaltung denke insgesamt über eine neue Gestaltung mit Verzicht auf die Unterführung nach, da es sich aber um eine Bundesstraße handle, habe der Bund das Sagen.



## TOP 1.6 Bürgerfragestunde - Verschiedenes

Herr Matthias Dietz spricht den Roten Bau und den durchgeführten Ideenwettbewerb an. Er fragt, was mit dem geistigen Eigentum der eingereichten Vorschläge geschehe und wann diejenigen, die Vorschläge eingereicht hätten, Nachricht erhielten.

EBM Wersch antwortet, es habe sich um einen Ideenwettbewerb, initiiert von der Hospitalverwaltung gehandelt. Das geistige Eigentum bleibe bei den Ideeneinreichern und es werde hiervon kein Gebrauch gemacht. Er bestreitet, dass keine Information erfolgt sei, sichert aber zu, der Sache nachzugehen. Er bittet ihn, E-Mail-Adressen der Betroffenen zu nennen, um sie informieren zu können. Er wisse, dass interessierte Menschen von ihm und seinem Team informiert worden seien. Falls dies im Einzelfall unterblieben sei, werde dies nachgeholt. Eingereichte Schriftsätze könne man gerne zurückschicken. Er hielte sie aber bei der Stadt für gut aufgehoben.

Herr Dietz nennt das Thema Bildungspläne und berichtet von vielen unsicheren Grundsätzen. Er wirbt für eine frühzeitige Information bei Veränderungen und spricht in diesem Zusammenhang den Verkehrsübungsplatz an, dessen Zukunft ungewiss sei. Die Entwicklung Biberachs im Bildungsbereich bezeichnet er als erfreulich. Er mahnt aber eine soziale Verpflichtung zur Freizeitgestaltung an und fragt, was in dieser Richtung geplant sei.

Abschließend thematisiert er bauliche Veränderungen in der Innenstadt und das zunehmende Interesse der Bevölkerung hieran. Teilweise würden schwer nachvollziehbare Verwaltungsakte getroffen, von denen Betroffene aus der Nachbarschaft erführen und nicht von der Verwaltung. Er fragt was unternommen werde, um Derartiges künftig zu vermeiden und zunächst die Betroffenen zu informieren. Ferner erkundigt er sich nach der Möglichkeit auf die Veräußerung von Gebäuden Einfluss zu nehmen.

OB Zeidler erwidert, er habe ein offenes Ohr für die gesamte Baudiskussion. BM Kuhlmann habe zahlreiche Diskussionen geführt und öffentliche Veranstaltungen angeboten, an denen jeder habe mitwirken können. Diese Angebote müssten aber auch angenommen werden. Die geschilderten Nachbarschaftsprobleme seien ihm nicht bekannt und er bittet daher konkret Namen zu nennen.

Das Angebot an Freizeiteinrichtungen für Kinder und Jugendliche könne sich in Biberach auch im Vergleich zu anderen Städten sehen lassen. Problematisch seien Angebote nach 22 Uhr und hier seien alle gefordert, sich Gedanken zu machen.

Zum Verkehrsübungsplatz lässt BM Kuhlmann wissen, hier würden erste Gespräche mit der Polizei über dessen Zukunft geführt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 212/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im im Hauptausschuss am 23.10.2014.

StR Walter betont, es handle sich um eine Freiwilligkeitsleistung, der hohe Qualitätsstandard für das Personal sei aber überzeugend, weshalb die CDU-Fraktion zustimme. Er äußert die Hoffnung, dieser Beschluss strahle in den Kreis aus, dass sich noch weitere Städte beteiligten.

StR Lemli führt aus, es sei schnell klar geworden, dass der Tagesmütterverein eine wichtige Säule im Betreuungsangebot darstelle, auch wenn er anfangs etwas als Konkurrenz gesehen worden sei. Er bezeichnet ihn als wertvolle, flexible Angebotsergänzung und signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

StRin Goeth sieht die Tagespflegepersonen ebenfalls als wichtiges Ergänzungsangebot und wichtige Unterstützung, dem die Freien Wähler zustimmten.

StR Späh sieht im Beschluss einen wichtigen städtischen Beitrag, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Tagespflegepersonen seien ein wichtiger Baustein zur Angebotsergänzung.

StR Braig bezeichnet es als wichtig, dass der Kreis den zweiten Teil der Finanzierung übernehme. Er dankt dem Amt für Bildung und Betreuung für diese seines Erachtens überfällige Vorlage.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Stadt Biberach fördert und unterstützt Tagespflegepersonen, die Kinder mit Hauptwohnsitz in Biberach betreuen.**
- 2. Die Förderung erfolgt ab 01.01.2015 nach Maßgabe des in den Ziff. 3.1 - 3.7 der Drucksache Nr. 212/2014 dargestellten Umfangs.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 213/2014 zur Beschlussfassung vor. Diese wurde im Hauptausschuss am 23.10.2014 vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

StRin Jeggle sieht in dieser Vorlage die logische Folge des vorhergehenden Beschlusses. Sie betont die Freiwilligkeit der Leistung und bezeichnet es als beachtlich, dass sich die Stadt in diese Richtung auf den Weg gemacht habe. Als etwas bedenklich stimme, dass keine Richtlinien bestünden, da womöglich für einzelne Gruppierung die Landesförderung entfalle. Sie bezeichnet die am Ende der Vorlage angekündigte Neugestaltung der Benutzungsentgelte in der verlässlichen Grundschule und der flexiblen Nachmittagsbetreuung als richtig, äußert aber die Bitte, diese frühzeitig zu führen und die Eltern mitzunehmen, um deren Vertrauen in die Finanzierung zu wahren.

StRin Kübler führt aus, der erweiterte Betreuungskorridor und der bessere Personalschlüssel kämen vielen Erziehungsberechtigten entgegen und kleinere Gruppen böten auch bessere Aufsichtsmöglichkeiten. Die Anmeldezahlen belegten den steigenden Bedarf an Schulkindbetreuung. Sie schließt sich StRin Jeggle an, was die Neugestaltung der Betreuungsentgelte betreffe.

Als Manko bezeichnet sie die Ferienbetreuung, nicht nur personell, sondern auch was die Örtlichkeiten betreffe. Sie regt an, eventuell ein zentrales Schulgebäude zu nutzen, hierüber nachzudenken und Vorschläge zu unterbreiten. Abschließend gibt sie noch zu verstehen, dass sie davon ausgehe, dass die Veränderungen mit den Grundschulen abgesprachen sei.

StRin Etzinger bezeichnet die Schulkindbetreuung und die individuelle Betreuungsqualität als wichtig. Daher sei eine Veränderung des Betreuungsschlüssels wie vorgeschlagen notwendig. Sie plädiert, für das nächste Schuljahr ein einheitliches und transparenteres Gebührenmodell zu erarbeiten.

StR Späh meint, für gute Gebäude benötige man auch eine gute personelle Ausstattung. Die Bedürfnisse in diesem Bereich seien in den letzten Jahren gewachsen und die Vorschläge zeigten den richtigen Weg auf. Er bezeichnet dies als Gewinn für Eltern, Kindern und Firmen in der Region.

StR Braig sieht einen Meilenstein der Kinderbetreuung erreicht und bezeichnet die Angebotsverbesserung als notwendig. Die Vorlage sei selbsterklärend und die FDP-Fraktion stimme zu.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Änderung der Betreuungsschlüssel bei der Verlässlichen Grundschule und der Flexiblen Nachmittagsbetreuung zum Beginn des 2. Schulhalbjahres 2014/15 wird, wie unter Ziff. 3.2 der Drucksache Nr. 213/2014 dargestellt, zugestimmt.**
- 2. Die sich aus der Änderung des Betreuungsschlüssels ergebenden Stellenmehrungen werden im Rahmen des Stellenplans 2015 bereitgestellt.**
- 3. Das Sachkostenbudget für die Betreuungsgruppen wird, wie in Ziff. 5 der Drucksache Nr. 213/2014 dargestellt, ausgestaltet.**



Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 188/2014 zur Information vor.

EBM Wersch führt ins Thema ein und nennt als Ziel die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen, insbesondere Haushalte mit Wohnberechtigungsscheininhabern. Er nennt die Zahl von über 1.640 Wohneinheiten, die von der Stadt und den großen örtlichen Wohnungsunternehmen zur Verfügung gestellt würden, und dass mehrere tausend Wohnungen am Markt zusätzlich vorhanden seien, für die eine Quadratmetermiete von vier bis sechs Euro verlangt würde. Diese seien in allen Wohnungsgrößen vorhanden, so dass man in der Lage sei, allen Bevölkerungsgruppen, auch Schwellenhaushalten, ein Angebot zu machen. Er bezeichnet es als wichtig, kein Überangebot zu schaffen, sondern eine ausgewogene Situation zwischen Angebot und Nachfrage zu haben. Dieses Ziel habe man gut erreicht, wobei natürlich in Einzelfällen eine andere Wahrnehmung herrschen könne oder es nicht passgenau sei. In der Summe habe man dieses Ziel aber erreicht. Schwieriger gestalte sich die Situation für Personen mit besonderen Handicaps. Hier werde übereinstimmend mit allen Partnern ein Bedarf gesehen, wobei die Qualität unterschiedlich beurteilt werde. Dies wolle man daher verifizieren, um passgenaue Angebote entwickeln zu können. In einem ersten Schritt würden die 15 Wohneinheiten im Talfeld errichtet, mit denen auch für diesen Personenkreis ein barrierearmes Angebot mit guter ÖPNV-Anbindung geschaffen werde. Er betont, dass eine Ghettoisierung vermieden werden sollte und statt dessen in einzelnen Wohnquartieren Jahr für Jahr Angebote geschaffen werden sollten.

Man habe den Bericht ohne externe Partner erstellt, den Markt also gut im Blick und könne mit den Daten umgehen. Man beabsichtige die Situation fortlaufend zu analysieren und wolle dabei auch Wohlfahrtsverbände, den Landkreis und die umliegenden Gemeinden ins Boot nehmen, wobei letztere seines Erachtens bisher noch zu kurz kämen. Als Fazit stellt er fest, aktuell biete man ein nachfragegerechtes Angebot für Menschen mit geringerem Einkommen, habe einen Nachholbedarf für Menschen mit Handicaps und müsse das Thema der Asylantenunterbringung gesondert behandeln.

StR Schmogro führt aus, die CDU-Fraktion freue sich über die Vorlage, die das subjektive Gefühl, dass zuwenig Wohnraum vorhanden sei, gut aufgearbeitet habe und versachliche. Wie groß der Personenkreis der sozial schwächeren Schichten sei, die am Wohnungsmarkt nicht bedient werden könnten, könne auch über die Wohnungslosenhilfe als Hauptschnittstelle ermittelt werden. Daher begrüße er das Angebot, das im Hauptausschuss thematisiert worden sei, in einem geschützten Rahmen eine Annäherung an diese Thematik zu ermöglichen. Er stellt keine Notwendigkeit für einen Einstieg in den sozialen Wohnungsbau fest und meint, dies solle im Grunde der freie Markt abdecken.

StR Dr. Metzger führt aus, die Vorlage biete Gelegenheit zum Staunen, wenn es beispielsweise um die Beurteilung des Wohnungsbedarfs psychisch Kranker gehe. Das ZfP rate beispielsweise Patienten außerhalb von Biberach nach einer Wohnung zu suchen und von den Trägern der freien Wohlfahrtspflege werde die Situation wie kürzlich der Schwäbischen Zeitung zu entnehmen gewesen sei, auch anders beurteilt. Er wirft die Frage auf, ob die Situation mit der des Arbeitsmarktes verglichen werden könne, sprich dass eine gute Arbeitsplatzsituation bestehe, aber Behinderte seien dennoch benachteiligt. Ihm scheine dies so zu sein. Er schildert einen entsprechenden Fall. Als gut bezeichnet er den Vorschlag von EBM Wersch beim Spatenstich zum Neubau Talfeld,

jedes Jahr ein entsprechendes Projekt auf den Weg bringen zu wollen. Dieser Vorschlag finde die Unterstützung der SPD-Fraktion insbesondere mit dem Ziel einer angemessenen Wohnungsversorgung für besondere Zielgruppen.

StRin Goeth führt aus, die abweichenden Aussagen freier Wohlfahrtsverbände zu denen der Vorlage habe man bereits im Hauptausschuss beleuchtet. Da manche Vermieter die Sorge hätten, mit entsprechenden Mietern Probleme zu bekommen, müsse für diesen Personenkreis die öffentliche Hand gezielt Wohnungen zur Verfügung stellen. Man müsse diesen Personenkreis auch bei Umbauten im Blick haben. Inwieweit ein Übergangwohnheim sinnvoll sein könnte, sollte auch angedacht werden. Hier könnten die Wohlfahrtsverbände aktiv werden. Den Schulterchluss mit diesen bezeichnet sie als wichtig.

StR Dr. Wilhelm schließt sich seinen Vorrednern an. Er gibt zu bedenken, dass Personen, die sich über ein Jahr beim Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft nicht gemeldet hätten, kein Indiz dafür seien, dass sie anderweitig eine Wohnung gefunden hätten. Er bezeichnet es als positiv, dass der Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft gehalten sei, bei Neubauten und Sanierungen für die entsprechende Klientel zu planen. Er fragt, welche Wohnungen durch den Neubau im Talfeld ersetzt würden.

StR Funk bezeichnet die Verlagerung von der Objekt- in die Subjektförderung als richtig. In Biberach sei in den letzten Jahren extrem viel gebaut worden und es stünden viele Wohnungen zur Verfügung, auch für Arbeitslosenhilfe II-Empfänger. Er bezeichnet es als Daueraufgabe der Stadt zusammen mit der freien Wohlfahrtspflege Personen in besonderen Situationen und mit besonderem Bedarf zu versorgen. Deshalb seien viele Informationen für den Gemeinderat erforderlich, beispielsweise ob Pflege oder Betreuung erforderlich sei, ob die betroffenen Personen lieber getrennt oder zusammen leben wollten und anderes mehr. Erst dann stelle sich die Frage, was, wie und von wem gebaut werde, da der Bauherr nicht unbedingt die Stadt sein müsse.

Auch StR Heidenreich zeigt sich überrascht vom sehr positiven Tenor der Vorlage, da ihm aus seinem persönlichen Umfeld eine derart positive Einschätzung der Lage nicht bekannt gewesen sei und dazu gehörten Menschen mit geringem Einkommen. Manche würden vielleicht als problematisch angesehen, auch wenn sie keine Suchtprobleme hätten und eine Vielzahl von Personen, die keine Hartz IV-Empfänger und nicht behindert seien, scheuten den Gang zum Amt, um einen Wohnberechtigungsschein zu beantragen. Sie seien daher auf den Wohnungsmarkt angewiesen und dort die Mieten deutlich zu teuer. Er regt an, dieser Personengruppe den Zugang zu Fördermöglichkeiten zu erleichtern auch im Hinblick auf die Tatsache, dass es sich um viele ältere Menschen mit geringem Einkommen handle, deren Zahl aufgrund der Rentenentwicklung zunehmen werde. Er regt an, sich Wohngemeinschaften für Ältere zu überlegen.

OB Zeidler dankt für die Ausführungen. Man werde weiter im Gespräch bleiben. Als Aufgabe der nächsten Monate bezeichnet er es, den Personenkreis zu definieren, der die Voraussetzungen erfülle, dass besondere Unterstützung erforderlich sei.

EBM Wersch lässt noch wissen, die 15 Wohnungen im Talfeld erweiterten das städtische Wohnungsangebot. Ein Drittel der Wohnungen komme der Klientel für barrierearme Wohnungen entgegen. Es handle sich um den ersten Neubau der Stadt seit über 25 Jahren.

**Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.**

**TOP 5    Bebauungsplan "Bleicherstraße/Vollmerstraße (Feuerwehr)"**  
**a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung sowie**  
**der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange**  
**b) Billigung**

**202/2014**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 202/2014 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde öffentlich im Bauausschuss am 20.10.2014 vorbereitet und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Bleicherstraße/Vollmerstraße (Feuerwehr)“ wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan Nr. 922/12 vom 26.09.2014 Index 1.**

- a) Bericht vom Ergebnis der Beteiligungen nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB**
- b) Billigung zur Offenlage**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 208/2014 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde öffentlich im Bauausschuss am 20.10.2014 vorbereitet und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- a. Über die im Rahmen der Beteiligung nach § 3 Abs.1 und § 4 Abs.1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird gemäß Drucksache Nr. 208/2014 beigefügter Abwägungssynopse beschlossen.**
- b. Die Planunterlagen, bestehend aus Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften, Begründung und Umweltbericht werden gebilligt.**



Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 199/2014 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde öffentlich im Bauausschuss am 20.10.2014 vorbereitet und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

StR Kolesch ist befangen und nimmt in den Zuschauerreihen Platz.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat mit 6 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

**Der Bebauungsplan „Radgasse/Consulentengasse“ 4. Änderung i. d. F. vom 19.08.1986 wird gem. § 1 Abs. 8 BauGB geändert. Der räumliche Geltungsbereich ist auf dem Lageplan des Stadtplanungsamtes Nr. 14-049 vom 25.09.2014 umrandet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 200/2014 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde am 23.10.2014 im Hauptausschuss vorberaten und einstimmig zur Beschlussfassung empfohlen.

OB Zeidler führt aus, die aktuelle Gießkanne werde durch den Systemwechsel ersetzt und eine personenspezifische Förderung vorgenommen. Dies könne auch wegweisend für den Stadtpass sein.

StR Walter meint, auch etwas Gutes dürfe besser werden, was durch den Systemwechsel möglich werde. Er bezeichnet die Orientierung an der Bedürftigkeit als richtig. Die Definition der Grenzen liege deutlich über der Armutsgrenze und es werde der Weg für eine Stärkung des ÖPNVs, die weiter gewollt sei, weiter bereitet. Er signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, da die untergehende Förderung im Rahmen des Stadtpasses und nicht aktuell diskutiert werde.

StRin Kübler bezeichnet es als positiv, dass weiterhin eine Förderung erfolge und keine Veränderung bei Schülermonatskarten vorgesehen sei. Die SPD-Fraktion hätte den aktuellen Status gerne beibehalten, aber da die Gemeinderatsmehrheit gegen eine Gießkanne und Mitnahmeeffekte sei, könne man der Vorlage zustimmen. Die Einkommensgrenze grenze Rentner nicht aus. Als wichtig bezeichnet sie eine umsetzbare Lösung. Sie bittet noch zu prüfen, ob auch denjenigen eine Vergünstigung gewährt werden könnte, die freiwillig auf ihren Führerschein verzichteten.

StRin Goeth führt aus, die Freien Wähler seien schon immer gegen eine Gießkannenförderung gewesen, da über 65-Jährige nicht automatisch arm seien.

Auch StR Dr. Schmid bezeichnet den Paradigmenwechsel als richtig hin zur Bedürftigkeit. Die Höhe sei fair und auch die Ambition von Schwellenhaushalten sehr ausgewogen. Im Blick auf den Stadtpass bezeichnet er die Kompatibilität als wichtig.

StR Funk signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion. Die Vergleichbarkeit mit dem Stadtpass werde im Auge behalten.

StR Heidenreich bezeichnet die Berechnung unabhängig von der Verkehrssituation als etwas kurzsichtig und hält ein Gesamtkonzept für erforderlich, um den Parkaufwand reduzieren zu können. Dies sei nur mit weiter sinkenden ÖPNV-Kosten erreichbar.

StR Schmogro macht darauf aufmerksam, dass Schwerbehinderte über das Ausgleichsamt ermäßigte Karten erhielten. In Biberach verzeichne man aktuell drei Prozent Altersarmut. Diese werde aber wesentlich zunehmen. Das den Richtlinien zugrunde liegende Konzept geht seines Erachtens in die richtige Richtung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der als Anlage zu Drucksache Nr. 200/2014 beigefügten Neufassung der Richtlinie für die Gewährung von Ermäßigungen im Stadtlinienverkehr wird zugestimmt.**
- 2. Die neu gefasste Richtlinie für die Gewährung von Ermäßigungen im Stadtlinienverkehr tritt zum 01.01.2015 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Richtlinie vom 18.12.1974 in der Fassung vom 24.09.2001 außer Kraft.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 218/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 23.10.2014.

StR Abele signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion, die bewusst keine Diskussion zur Abschaffung des Amtes aufgemacht habe. Man hoffe, jemanden im Schlege von Hans Beck zu finden.

StR Keil bezeichnet es als ungewöhnlich aber positiv, dass die Stelle verhältnismäßig ausführlich begründet werde. Die Stelle sei ungewöhnlich, das Konstrukt habe sich aber sehr gut bewährt und solle beibehalten werden. Er bezeichnet das Konstrukt als gewachsen, zukunftsweisend und eine wichtige Aufgabe. Die Vorlage stelle eine deutliche Erklärung dar, dass die Funktion dieses Amtes so weitergeführt werden solle. Ungewöhnlich sei auch die zeitliche Überlappung, der auch ausdrücklich zugestimmt werde. Angesichts der Bedeutung der Stelle bezeichnet er sie als angemessen. Er fragt, ob nicht eine Ausschreibung im Staatsanzeiger erforderlich wäre.

StRin Goeth spricht den aktuellen Kartellstreit im Landeswald an und meint, mit einem städtischen Forstamt sei man auf der sicheren Seite, weshalb die Freien Wähler zustimmten.

Auch die Grünen stünden zum städtischen Forstamt, das sich bewährt habe, gibt StR Späh zu verstehen. Dies sei sicher auch Verdienst von Amtsleiter Beck. Auch er bezeichnet eine gute Einarbeitung als wichtig und daher die Stellenüberlappung als richtig. Eine nachhaltige Waldwirtschaft sei eine grüne Herzensangelegenheit.

Ein städtisches und hospitalisches Forstamt habe Tradition in Biberach, die nicht aufgegeben werde, erklärt StR Braig.

Zu den Ausschreibungsmedien lässt Herr Beck wissen, Mitarbeiter in der Staatsforstverwaltung sollten angesprochen werden, was über das Intranet erfolge, das alle anspreche und kostenlos sei. Eine Ausschreibung im Staatsanzeiger sei daher nicht erforderlich.

StR Kolesch fragt, ob man aufgrund der Nähe zu Bayern auch in der bayerischen Forstverwaltung ausschreiben solle, worauf Herr Beck erwidert, dass er sich gerne kündigt machen könne. Die Ausschreibung werde aber über das Jobcenter ohnehin bundesweit bekannt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

- 1. Die Stelle "Leiter/in des Städtischen Forstamtes Biberach" wird baldmöglichst öffentlich ausgeschrieben.**
- 2. Der Ausschreibungstext (s. Anlage zu Drucksache 218/2014) wird gebilligt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 195/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 23.10.2014.

StRin Jeggle signalisiert die Zustimmung der CDU-Fraktion. Sicher seien nicht Europaangelegenheiten sondern EU-Angelegenheiten der 28 Mitgliedsstaaten gemeint. Da 22 Prozent Arbeitszeit angesetzt seien, sei sie gespannt, was daraus werde.

StRin Kübler bezeichnet den Beschluss als Formalie, die Stellenbeschreibung habe jedoch stutzig gemacht und sie fragt, ob diese Aufgabe in der Stelle bisher nicht beinhaltet gewesen sei und weitere Stellenanforderungen zu erwarten seien. Da Europaangelegenheiten sehr politisch seien, bezeichnet sie die Ansiedlung bei der Führungsspitze als wichtig.

StR Späh unterstreicht Letzteres.

StR Heidenreich bezeichnet 4 Stunden als relativ optimistisch angesichts der Aufgaben im Bereich Datenschutz.

Herr Simon lässt wissen, die entsprechenden Zeiteile würden seit Jahren vom Rechnungsprüfungsamt wahrgenommen. Im Grunde handle es sich um eine Briefkastenfunktion für Anfragen und Informationen zur EU. Zuständig für die EU-Angelegenheiten seien nach wie vor die Fachämter.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) werden die Aufgaben Datenschutz und Europaangelegenheiten übertragen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 203/2014 zur Beschlussfassung vor.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

**Beschluss:**

**Die in den Anlagen 1, 2 und 3 zu Drucksache Nr. 203/2014 aufgeführten Spenden und Schenkungen werden angenommen.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 214/2014 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 23.10.2014.

OB Zeidler führt aus, der nachträgliche Essenszuschuss ärgere nicht nur Eltern, sondern auch den Gemeinderat. Ärgerlich sei auch, dass man dies nicht bereits in der letzten Sitzung abgehandelt habe, als das Mensa-Essen thematisiert worden sei. Er entschuldigt sich hierfür. Am 25.11.14 tagte der Mensa-Ausschuss und dann werde man den Sachverhalt gegenüber den Eltern klarstellen. Man werde sie auch bei der Neuausschreibung beteiligen.

StR Abele bringt vor, durch einen Bericht in der Schwäbischen Zeitung seien zwei unterschiedliche Vorgänge vermischt worden. Er bezeichnet es als ärgerlich, dass im Nachgang zur Vorlage an den Gemeinderat zum Mensa-Essen dieser Vorgang auftauche, dies sei aber ein Stück weit in der Historie begründet. Man habe dies zur Kenntnis genommen, für Änderungen im Amt gesorgt und das Amt über den Stellenplan personell verstärkt. Mit Frau Schneider habe man jemand gewonnen, der die Aufgaben sorgfältiger erledige.

Den politischen Vorgang der Mensa-Subventionierung habe man in der Fraktion intensiv diskutiert und nehme zur Kenntnis, dass eine Reduzierung der Essenspreise aktuell durch gestiegene Caterer-Kosten nicht umsetzbar sei. Das Verhalten des Dornahofs sei dabei kritisch bewertet worden. Nun blicke man nach vorne und wolle in enger Zusammenarbeit mit Eltern, Schule, Verwaltung und Gemeinderat die Neuausschreibung mit dem Ziel angehen, auch über Kompromisse ein günstigeres Essen anbieten zu können.

StRin Kübler führt aus, die Kostensteigerung erschliesse sich ihr nach wie vor nicht voll. Auch sie bezeichnet es als wichtig, den Mensa-Ausschuss wieder einzusetzen und Transparenz ins Thema zu bringen. Dabei müsse man Wege finden, wie der Mensa-Preis reduziert werden könne, was ein jahrelanges Anliegen der SPD-Fraktion sei.

StR Hummler meint, es sei unglücklich gelaufen und es ehre den Oberbürgermeister, dass er für die Verwaltung die Verantwortung übernehme. Dem Gemeinderat bleibe nichts anderes als zuzustimmen. Einzig positiv sei die gut gemeinte Absicht, den Essenspreis in einem erträglichen Rahmen zu halten. Wichtig sei es aber ab sofort wieder transparent zu agieren, sprich Schule, Eltern und den Gemeinderat zum Thema und auch bei der Ausschreibung ins Boot zu nehmen.

StR Dr. Wilhelm gibt zu verstehen, die Grünen stimmten unter gewissem Zwang zu und sähen die Notwendigkeit. Man hoffe auf die Zukunft und dass unter der neuen Amtsleitung transparenter agiert werde auch mit Einbeziehung des Mensa-Ausschusses. Man benötige weiterhin ein gutes Essen zu einem Preis deutlich unter 4 Euro.

StR Funk kritisiert die schlechte und auch noch scheinbarweise Information des Gemeinderats. Man habe verstanden, dass dem Caterer das Geld zustehe, daher stimme man der Vorlage zu. Bei der Mensa habe man im Grunde von Anfang an Streit. Es könne aber nicht sein, dass der Ausfall eines Amtsleiters dazu führe, dass nichts mehr weiter laufe. Daher müsse die Stellvertretung entsprechend geklärt werden.

OB Zeidler stellt klar, nicht der Ausfall des Amtsleiters sei ursächlich, sondern sein Handeln.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 1 Enthaltung (StR Kolesch) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

**Beschluss:**

- 1. Der Gemeinderat stimmt der Subventionierung der Mensa-Menüs an städtischen Schulen rückwirkend für das Schuljahr 2013/14 zu.**
- 2. Die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 76.194,50 Euro auf der HHSt. 1.2920.700000 wird bewilligt. Die Deckung ist gewährleistet aus der Deckungsreserve in gleicher Höhe.**



**TOP 13.1 Resolutionsantrag zu TTIP (Transatlantisches Handelsabkommen  
EU-USA) - Antrag der Grünen-Fraktion**

**AT 31/2014**

Dem Gemeinderat liegt der dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Antrag Nr. AT 31/2014 zur Bekanntgabe vor.

OB Zeidler kündigt an, den Antrag in einer der nächsten Sitzungen zu behandeln.

## **TOP 14.1 Verschiedenes - Interkulturelle Treffen**

StR Späh bringt den Wunsch des Arbeitskreises Asyl vor, von Seiten der Stadt eine Möglichkeit zu interkulturellen Treffen zu schaffen.

OB Zeidler antwortet, es gebe bereits das „Café Global“ im Familienzentrum, das momentan ein Mal im Monat ein offenes Angebot biete unter Führung der Integrationsbeauftragten. Eine Angebotsausweitung könnte er sich vorstellen, wenn wie dargelegt ausreichend ehrenamtlich Tätige zu dessen Betrieb vorhanden wären.

StR Schmogro teilt mit, der Freundeskreis Asyl habe schon vor Wochen Räumlichkeiten angefragt und es stehe das Angebot, Gemeindehäuser zu nutzen, die nicht rund um die Uhr belegt seien. Es sei vom Freundeskreis Asyl aber noch keine Reaktion erfolgt. Dies liege teilweise an organisatorischen Problemen.

## **TOP 14.2 Verschiedenes - Fracking**

StR Späh fragt, ob bekannt sei, ob die Probebohrungen tatsächlich eingestellt worden seien.

OB Zeidler verneint dies. Er könne hierzu keine Aussage treffen.

**Gemeinderat, 03.11.2014, öffentlich**

**Zur Beurkundung:**

Vorsitzender: ..... OB Zeidler

Stadtrat: ..... Hagel

Stadtrat: ..... Keil

Schriftführerin: ..... Appel

Gesehen: ..... EBM Wersch

Gesehen: ..... BM Kuhlmann